

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 14 · 24. Oktober 2002 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



## **EVP-Kongress fordert eine starke Verfassung für die EU**

„Eine Verfassung für ein starkes Europa“ fordert die Europäische Volkspartei (EVP) auf ihrem XV. Kongress im portugiesischen Estoril. Ein Leit-antrag mit diesem Titel wurde mit breiter Mehrheit angenommen. „Wir wollen eine starke handlungsfähige Europäische Union, die sich gründet auf die Prinzipien der Demokratie und des Rechts, der Transparenz und des effektiven Handelns“, erklärte der Vorsitzende der EVP/ED-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pötering, zu dem verabschiedeten Leit Antrag. (Seite 5)

### **Inhalt**

Karl von Wogau:  
Waffenexportpolitik  
Seite 2

Peter M. Mombaur:  
Stabilitätspakt  
Seite 3

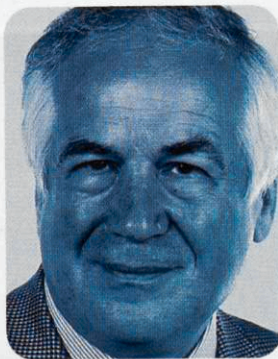
Hans-Gert Pötering:  
Verfassung für ein  
starkes Europa  
Seite 5

KARL VON WOGAU:

## Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Politik bei Waffenexporten

**D**ie Waffenexportpolitik in Europa muss Teil der gemeinsamen Verteidigungspolitik werden. Die EU hat sich bereits gemeinsame Regeln für Waffenexporte gegeben. Allerdings hat sich gerade erst wieder herausgestellt, dass diese Regeln unterschiedlich ausgelegt werden: Ein Antrag auf Waffenexporte in ein Drittland wurde in einem Mitgliedstaat abgelehnt und kurz darauf im Nachbarland erlaubt. So etwas darf in Zukunft nicht mehr passieren. Auch dies wäre ein Beitrag dazu, dass Europa nach außen mit einer Stimme spricht.

Deshalb genügt es nicht, dass wir zusätzlich zu gemeinsamen Regeln einen Verhaltenskodex für die Auslegung der Bestimmungen der Waffenexportpolitik haben. Sonst erhält am Ende das Land das größte Umsatzvolumen bei Waffenexporten, das die laxesten Bestimmungen hat. Dies kann aber nicht das Ziel einer europäischen Politik sein. Wir müssen zu einer einheitlichen Auslegung der gemeinsamen Regeln kommen. Wir müssen diesen Kodex gesetzlich verankern, damit wir wirklich zu einer einheitlichen Politik bei der Exportkontrolle kommen.



Karl von Wogau MdEP

Die Zeit ist reif, um noch einen Schritt weiter zu gehen: Da es sich bei der EU um eine Wertegemeinschaft von demokratischen Staaten handelt, sollten wir gleichzeitig die Verbringung von Waffen innerhalb der Union deutlich erleichtern. Damit würden wir einen Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Markt im

Bereich der Verteidigung machen. Es gibt Schätzungen von Fachleuten, die besagen, dass wir durch einen solchen Abbau von innergemeinschaftlichen Handelshemmnissen in diesem Bereich jährlich mindestens 100 Mio. Euro sparen können.

Außerdem könnte eine solche Politik dazu beitragen, dass bei der Rüstungspolitik in den 15 Hauptstädten stärker europäisch gedacht wird. Denn zur Zeit sind die nationalen Märkte in diesem Bereich noch stark abgeschottet, und jede Regierung bedient am liebsten ihre eigenen nationalen Rüstungsfirmen mit Aufträgen. Deshalb sollte sorgfältig geprüft werden, inwiefern die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes auf den Rüstungsbereich angewendet werden können. Hier muss zwischen Konkurrenz innerhalb Euro-

pas und weltweiter Wettbewerbsfähigkeit abgewogen werden. Die Römischen Verträge erlauben es bisher, unter Artikel 296 die Binnenmarktregeln in sicherheitsrelevanten Fragen nicht anzuwenden. Dieser Artikel muss in Zukunft weniger extensiv ausgelegt werden. Auch die Ausschreibungsregeln für öffentliche Aufträge der EU könnten hier eine positive Rolle spielen.

Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Politikbereich die demokratische Kontrolle. Deshalb wäre es wünschenswert, dass die Aufmerksamkeit für diese Debatte noch größer würde. Verteidigungspolitik ist eine Frage von

Krieg und Frieden. Darüber können nur demokratisch gewählte Parlamente entscheiden. Gegenwärtig liegt diese Aufgabe vornehmlich bei den nationalen Parlamenten. Wenn jedoch die Ziele erreicht werden, die sich die EU in Helsinki gesteckt hat, muss auch das Europäische Parlament stärker seiner Verpflichtung nachkommen.

*Dr. Karl von Wogau (CDU Baden-Württemberg) ist Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments.*

PETER M. MOMBAUR:

## Der Euro und der Stabilitätspakt

AM GEMEINSAMEN PAKT FÜR STABILITÄT MUSS EISERN  
FESTGEHALTEN WERDEN

**D**er Präsident der Kommission, Romano Prodi, hat mit seinen fahrlässigen Äußerungen zum Stabilitätspakt der Gemeinschaftswährung Euro einen Bärendienst erwiesen.

### Die Bürger Europas müssen aber wissen, welchen Riesenerfolg sie gefährden:

Die Gemeinschaftswährung Euro hat drei unmittelbare Ziele: Das Vertrauen der Bürger in die Europäische Gemeinschaft zu stärken, durch hohe Preisstabilität das Eigentum der Unionsbürger zu schützen und damit die

Grundlage für langfristige Investitionen zu schaffen.

Der Europäischen Zentralbank gebührt ein großes Kompliment: Während die DM durchschnittlich in den fünfzig Jahren ihrer Existenz pro Jahr 2,8% an Wert verlor, betrug die Rate für die Gemeinschaftswährung Euro 1999 1,1%, 2000 2,4%, 2001 2,5% (z. Zt. 2,1%). Der Wechselkurs zu anderen Währungsräumen lässt sich nicht festlegen, sondern muss durch Leistungen der Volkswirtschaften erarbeitet werden, um an den Weltfinanzmärkten erfolgreich zu sein. Schwankte die DM zwischen 1984 und 1996 von 1,36 DM bis 3,47 DM je Dollar, so schwankte der Euro nur noch

zwischen 1,18 € (entspricht 2,31 DM) und 0,83 € (entspricht 1,62 DM) je Dollar. Innereuropäische Währungsturbulenzen sind verschwunden. Anders als früher gab es bei externen Schocks (Öl, Asien, Terror) keine ernstes Verwerfungen innerhalb des Euro-Raums.

Die Politik der unabhängigen Europäischen Zentralbank für Preisstabilität muss auf Dauer Begleitschutz erhalten durch solide öffentliche Haushalte der beteiligten Staaten. Folgerichtig haben daher die Mitgliedstaaten die Pflicht, ihre öffentlichen Haushalte der Prüfung durch die Gemeinschaft zu unterwerfen. Nach den Regeln des Stabilitätspakts prüft die Gemeinschaft, ob die Mitgliedsstaaten nicht über ihre Verhältnisse leben. Die öffentlichen Haushalte sind auf mittlere Sicht auszugleichen. So soll verhindert werden, dass ausufernde Kredite den Zins auf dem Kapitalmarkt der Eurogemeinschaft in die Höhe treiben. Denn unter dem Dach einer Gemeinschaft ist es nicht mehr jedes Staates eigene und alleinige Sache, den gemeinsamen Kapitalmarkt nach Belieben zu belasten.

Die Realzinsen bewegen sich gegenwärtig im Euroraum zwischen 3,1% und 3,5%. Demgegenüber lag der entsprechende Wert für Deutschland zwischen 1981 und 1990 bei durchschnittlich 5,1% sowie zwischen 1988 und April 2002 bei 4,6%. „Ich kann mir keinen besseren Beitrag für eine rasche Erholung der Investitionen vorstellen.“, so EZB-

Präsident Duisenberg. Indem der Stabilitätspakt gemeinschaftsrechtlich das Schuldenmachen begrenzt, drückt er rechtlich verbindlich den Gesichtspunkt einer nachhaltigen Finanzpolitik aus. Der nächsten Generation soll nicht ein Schuldenberg vererbt werden.

Daher soll allenfalls in Rezessionszeiten die Schuldenaufnahme der öffentlichen Haushalte der Mitgliedsstaaten maximal 3% des jeweiligen Bruttonationaleinkommens betragen.

Der gemeinschaftliche Stabilitätspakt ist also der Prüfstein, ob die Unionsbürger und die internationalen Finanzmärkte darauf vertrauen können, dass die Ge-

meinschaftswährung langfristig wirklich stabil ist; ob die Ersparnisse der Bürger nach Jahren noch im wesentlichen die Kaufkraft wie zum Anlagezeitpunkt behalten haben. Der Stabilitätspakt sichert auch die Handlungsfähigkeit der Staaten: Wer ausgeglichene Haushalte einhält, hat auch in Katastrophenfällen hinreichenden Spielraum, Kredite aufzunehmen, um in Not Geratenen zu helfen.

Aus diesen Gründen ist es für jeden einzelnen Unionsbürger aber auch für die Volkswirtschaften der Staaten unerlässlich, dass an dem gemeinschaftlichen Stabilitätspakt eisern festgehalten wird.

*Dr. Peter M. Mombaur (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.*



Peter M. Mombaur MdEP

HANS-GERT PÖTTERING:

## Eine Verfassung für ein starkes Europa

REDE DES VORSITZENDEN DER EVP/ED-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUF DEM KONGRESS DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI AM 17. OKTOBER 2002 IN ESTORIL, PORTUGAL

**S**ehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Wilfried Martens, sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Gestatten Sie mir zunächst ein herzliches Wort des Dankes an unsere portugiesischen Freunde für die große Gastfreundschaft, die sie uns allen entgegenbringen. Wir danken unseren portugiesischen Freunden auch für die Verteidigung unserer gemeinsamen europäischen Ideale. Dafür stehen stellvertretend für alle Ministerpräsident José Manuel Durao Barroso und in unserer Fraktion der Vorsitzende der Portugiesischen Delegation, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, José Pacheco Pereira. Wir wünschen Dir, lieber José Manuel Durao Barroso, für Deine Arbeit als Ministerpräsident Portugals Glück und Erfolg für dieses schöne, an Geschichte so reiche und stolze Land im Süden Europas!

Liebe Freunde, in unserer Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischen Demokraten sind 233 Abgeordneten nicht nur aus 15 Ländern, sondern aus 31 nationalen Parteien vereinigt. Wir sind die zahlenmäßig stärkste Fraktion im Europäischen Parlament. Heute können wir sagen: wir sind auch die bestimmende Kraft im Europäischen Parlament. Die Sozialisten leiden noch heute schwer unter ih-

rer Niederlage bei der Europawahl im Juni 1999. Die Sozialisten haben vorausgesagt, wir, die EVP-ED-Fraktion, würden nicht zusammenhalten können. Sie haben sich getäuscht. Es ist die Sozialistische Fraktion die, durch das Verlassen von Abgeordneten, immer kleiner geworden ist.

Natürlich ist es nicht immer leicht, in unserer Fraktion die unterschiedlichen Auffassungen und Strömungen, Mentalitätsunterschiede und verschiedenen Interessen zusammenzuführen. Aber heute kann ich Ihnen mitteilen: Das Maß an Geschlossenheit und Einheit unserer Fraktion war seit den Europawahlen im Juni 1999 niemals so stark wie es heute, im Oktober 2002, der Fall ist. Dafür möchte ich unserem Präsidium, den nationalen Delegationschefs, allen Mitgliedern unserer Fraktion, unserem Generalsekretär Klaus Welle sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich danken. Herzlich danken möchte ich auch unserer gemeinsamen Partei, der Europäischen Volkspartei (EVP), ihrem Vorsitzenden Wilfried Martens und dem Generalsekretär Antonio Lopez für die gute, freundschaftliche Zusammenarbeit, die uns verbindet.

In unserer Fraktion sind Christen unterschiedlicher Bekenntnisse vereinigt – evangelisch-lutherische Christen,

Calvinisten, römisch-katholische Christen, Orthodoxe, Anglikaner – uns einigt das christliche Menschenbild. Der Mensch ist Person: sich selbst verantwortlich und auf die Gemeinschaft ausgerichtet. Daraus ergeben sich die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, die wichtige Grundlagen unseres Handelns sind. Diese Prinzipien stehen in den nächsten Monaten und Jahren vor einer großen Bewährungsprobe: bei der Erweiterung der Europäischen Union und dem erfolgreichen Abschluss der Arbeiten des Konvents.

Es war unsere Fraktion, die vorgeschlagen hat, dass sich die Völker

Mitteleuropas an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 beteiligen können. Diese ist heute unbestritten gemeinsame Politik aller Institutionen der Europäischen Union. Wir erwarten, dass bis Ende dieses Jahres mit 10 Staaten – Estland, Lettland Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien sowie Zypern und Malta – die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden. Wir dürfen das Vertrauen der Völker, die unserer Wertegemeinschaft beitreten wollen, jetzt nicht enttäuschen. Die Beitrittsländer müssen die Bedingungen erfüllen, aber wir dürfen unsererseits keine neuen Bedingungen für den Beitritt – z. B. durch die Forderung nach einer vorherigen Reform der Agrarpolitik – stellen. Dieses würde den Beitritt um Monate, vielleicht um



Hans-Gert Pöttering MDEP

Jahre verzögern. Vergessen wir nicht, die Völker Mittel- und Osteuropas haben sich mit großem Erfolg für Freiheit, Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht eingesetzt. Damit haben sie sich ihr Recht erkämpft, sich der Ge-

meinschaft der Europäischen Union anzuschließen. Polen hat in dieser historischen Entwicklung eine herausragende Rolle gespielt: Ohne Solidarnosc hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben, und Papst Johannes Paul II ist zweifellos als einer der geistigen Urheber, als spiritus rector der politischen Veränderungen in Osteuropa anzusehen. Er hat den

Menschen in seiner polnischen Heimat in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zugerufen: „Habt keine Angst“. Es steht für mich persönlich außer Frage, dass es für uns eine historische, politische und moralische Verpflichtung ist, diese Länder in die EU zu integrieren.

Die weitere große Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist der erfolgreiche Abschluss des Konvents. Wilfried Martens und Wolfgang Schäuble haben die Arbeitsgruppe geleitet, deren Ergebnisse diesem Kongress zur Beschlussfassung vorliegen. Deswegen möchte ich nur wenige Bemerkungen dazu machen. Sie werden sich erinnern, dass der EVP-Kongress im Januar 2001 in Berlin auf Antrag unserer Fraktion, die Einberufung eines Konvents gefordert hat, weil die bishe-

rige Methode der Regierungskonferenz den Herausforderungen nicht mehr entsprochen hat. Wir waren mit unserer Fraktion erfolgreich. Der Präsident des Konvents, Valérie Giscard d'Estaing, gehört zu unserer politischen Familie. Der Konvent tagt in unserem Fraktionssaal. Ich hoffe daher, dass der Geist des „genius loci“ sich bei den Beschlüssen des Konvents durchsetzen wird. Für den EVP-Teil unserer Fraktion ist die entscheidende Grundlage der Arbeiten im Konvent:

■ 1) Wir wollen eine starke handlungsfähige Europäische Union, die sich gründet auf die Prinzipien der Demokratie und des Rechts, der Transparenz und des effektiven Handelns.

■ 2) Wir wollen das gemeinschaftliche Europa mit starken europäischen Institutionen und nicht einen Rückfall in das intergouvernementale Europa, bei dem die großen Länder bestimmen und die Kleinen unter die Räder geraten. Wir wollen nicht das Europa der Macht, sondern des Ausgleichs, nicht das Europa der Dominanz, sondern das Europa der Demokratie und des Rechts, ein Europa des Verstehens, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens. Der Konvent sollte mit seiner Arbeit bis Ende Juni 2003 zum Abschluss kommen. Danach sollte eine kurze Regierungskonferenz entscheiden, so dass noch unter italienischem Vorsitz, unter der Verantwortung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi, bis Ende 2003 eine neuer Vertrag von Rom die Verfassung oder die Grundordnung der Europäischen Union im 21. Jahrhundert verabschiedet werden kann. Wir müssen selbst ehrgeizig sein, damit Europa ein Erfolg ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, seit dem 1. Januar haben wir alle die gemeinsame europäische Währung, den Euro, in der Hand. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist weit mehr als nur der Ausdruck einer finanziellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft. Sie ist ein weiteres überzeugendes Symbol für das zusammenwachsende Europa, und sie führt dem Bürger die Lebendigkeit des Integrationsprozesses deutlich vor Augen. Die europäische Währung ist gerade für junge Menschen Ausdruck unserer gemeinsamen europäischen Zukunft.

Aber nun gibt es Forderungen nach der Aufweichung der Stabilitätskriterien. Unsere Fraktion würde dies für einen schweren Fehler halten. Das Vertrauen in die junge europäische Währung darf nicht erschüttert werden. Wir als EVP sollten uns der Versuchung einer unangemessenen Verschuldungspolitik widersetzen und uns als Garant für die Stabilität der europäischen Währung verstehen.

Meine Damen und Herren, wir tagen hier in Estoril und die Entfernung zur arabischen und islamischen Welt ist nicht weit. Die terroristische Anschläge vom 11. September 2001 in Washington und New York haben die Welt verändert. Diese Anschläge waren gerichtet gegen unsere Ideale von Demokratie und Freiheit. Den Terrorismus – welcher Erscheinungsform auch immer – müssen wir entschlossen und wirksam bekämpfen. Aber wir dürfen den Terror des 11. Septembers nicht gleichsetzen mit der arabischen oder islamischen Welt. Wir müssen alles tun um zu verhindern, dass es im vor uns liegenden Jahrhundert zu einem Konflikt der Religionen, zu

einem Kampf der Kulturen – dem viel zitierten „clash of civilizations“ – kommt. Es darf keine Frontstellung geben, bei der die westlichen Demokratien mit ihren Werten auf der einen Seite und die Religion des Islams auf der anderen Seite zu stehen kommen.

Notwendig ist ein intensiver Dialog zwischen der EU und der arabischen Welt im Rahmen des „Barcelona-Prozesses“. Während der spanischen Präsidentschaft, unter Verantwortung von Ministerpräsident José Maria Aznar, ist dieser Dialog im April in Valencia fortgeführt worden. Wir müssen diesen Dialog intensivieren. Ich weiß von meinen Besuchen in den arabischen Ländern, dass von diesem Dialog mehr erwartet wird. Nicht Konfrontation, sondern Partnerschaft, womöglich Freundschaft zwischen den Nachbarn auf beiden Seiten des Mittelmeers ist einer Anstrengung wert, die Europa und der arabischen Welt eine gute Nachbarschaft und damit eine gemeinsame Zukunft im 21. Jahrhundert ermöglicht.

Liebe Freunde, lassen sie mich abschließend noch eine sehr praktische Frage der besseren Zusammenarbeit zwischen der nationalen und europäischen Ebene ansprechen. Wir müssen unsere Kommunikation und Zusammenarbeit verbessern. Dieses betrifft sowohl die Fraktionsvorsitzenden wie auch die Sprecher der verschiedenen

politischen Bereiche im Europäischen Parlament und den nationalen Parla- mente. Für den 12.-13. November haben der Kollege Knud Kirkegaard, Fraktionsvorsitzender unserer Freunde in Dänemark, dem gegenwärtigen Land der Präsidentschaft, und ich zu einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz nach Brüssel eingeladen. Es ist wichtig, dass alle daran teilnehmen. Ich bitte unsere Freunde aus den nationalen Parlamen- ten, dass wir gemeinsam alles tun, um unsere inhaltlichen Positionen abzu- stimmen. Wir sind nur stark, wenn wir die Zusammenarbeit nicht nur theoretisch beschwören, sondern in der tägli- chen politischen Arbeit praktizieren.

Meine Damen und Herren, vor 50 Jahren, 1952, wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet. Sie war eine Initia- tive von Robert Schuman und Jean Monnet. Europa hat seitdem große Fortschritte gemacht. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Dieses Ziel zu er- reichen ist unsere gemeinsame Aufga- be. Dabei sollten wir uns an das Wort von Jean Monnet erinnern: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen“.

Gehen wir unseren europäischen Weg weiter, selbstbewusst aber nicht überheblich, ehrgeizig aber auch mit Geduld, dann werden wir unser Ziel er- reichen.

## Impressum

**UNION IN EUROPA** – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlags- anstalten GmbH, Düsseldorf.